

Der Kleinstaat in der Ära der Weltkriege

Peter Geiger

I. EINLEITUNG

An den Anfang der Ausführungen zum Thema «Der Kleinstaat in der Ära der Weltkriege» sei gleich ein pikantes Zitat gesetzt. Es ist Teil einer Notiz im britischen Foreign Office, geschrieben im April 1939:

«Liechtenstein is a historical curiosity, and only exists by mistake. It shouldn't, of course, exist at all as an independent state.»

Die Originalquelle liegt in den National Archives in London. Sir Alexander Cadogan, Permanent Secretary im Foreign Office, notierte das Obige im April 1939 handschriftlich zuhanden von Aussenminister Halifax, im Zusammenhang mit der Frage, wie man einer Annexion Liechtensteins durch Hitlerdeutschland begegnen könnte. Man könnte nichts dagegen tun, resümierte er.¹

1. Vier Fragestellungen

Kleine Staaten sind immer dann bedroht, wenn die umgebende grössere Welt instabil wird. Letzteres war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in besonderem Masse der Fall, mit Balkankriegen, Erstem Weltkrieg, Zwischenkriegszeit und Zweitem Weltkrieg. Im Folgenden wird die Situation des Kleinstaats in Europa in jenem Zeitraum betrachtet, und zwar nach vier Fragerichtungen:

1 National Archives (ehemals Public Record Office PRO), PRO FO 371/22969, Notiz vom 22. April 1939 von Permanent Under-Secretary of State and Foreign Secretary Alexander Cadogan, z.H. von Aussenminister Lord Halifax. – Vgl. David Beattie, Liechtenstein, A Modern History, Triesen 2004, S. 101.

1. Wie weit war die Existenz des Kleinstaats durch Krieg oder Annexion gefährdet?
2. Wie verhielt es sich mit der völkerrechtlichen Anerkennung?
3. Wie weit gingen Selbstaufgabe einerseits und Selbstbehauptung andererseits?
4. Wie fand sich der Kleinstaat wirtschaftlich zurecht?

Exemplarisch wird hier das Fürstentum Liechtenstein betrachtet. Vergleichend werden Blicke auf andere europäische Kleinstaaten geworfen.

2. Liechtenstein und kleinstaatlicher Vergleich

Damit sind wir bei der Grösse der Kleinheit. Dazu ist ein kurzes Wort nötig. Mit Liechtenstein vergleichbar an Grösse der Fläche und Einwohnerzahl sind nur San Marino, Monaco und Andorra, dazu der noch viel kleinere Vatikanstaat sowie damals noch die Freie Stadt Danzig. Schon Luxemburg ist gut 15-mal grösser als Liechtenstein. Als Kleinstaaten bezeichnet wurden und werden aber auch Montenegro (ca. 40- bis 80-mal grösser), Albanien (100-mal grösser), Serbien sowie die jeweils 200- bis 500-mal grösseren Staaten Österreich, Schweiz, Niederlande, Belgien, Irland, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei. Das Einwohner-Grössenverhältnis Liechtensteins zur Schweiz ist 1 : 211 (jenes der Schweiz zu China wieder 1 : 177, also jenes Liechtensteins zu China 1 : 37 000). Die realen Grössenverhältnisse sind bei Vergleichen immer zu berücksichtigen; das wird oft übersehen, insbesondere von den ganz Kleinen wie Liechtenstein.

Kleinheit war in jenem Zeitraum ein wichtigeres Kriterium als heute. Denn heute ist die «égalité des états souverains» stärker verrechtlicht als damals. Spricht man heute wenig unterscheidend von «Kleinstaaten», gelegentlich auch von «Mikrostaaten» – in Liechtenstein ungerne gehört –, so war damals, etwa beim Völkerbund 1920, von «états éxigus» («winzigen Staaten») und von «états nains» («Zwergstaaten»), die Rede. «Winziger Staat» impliziert, er sei kaum wahrnehmbar, und «Zwergstaat» impliziert eine unnatürliche, abnormale Kleinheit. Schon der pragmatische Altmeister Aristoteles äusserte sich zur physischen Grösse des Staates. Er sagt, was bei allem, bei Tieren, Pflanzen, Werkzeugen gelte, sei auch für den Staat zutreffend. Sei der Staat «allzu klein»

oder aber «allzu übermässig an Grösse», so sei er «entweder ganz seiner Natur beraubt oder doch in einen mangelhaften Zustand versetzt», so wie ein Schiff, nur eine Spanne lang, oder ein Schiff, zwei Stadien lang, kein Schiff sei, denn es wäre wegen seiner Winzigkeit oder Übergrösse «untauglich für die Seefahrt».² Wir werden analoger Argumentation begegnen. Allerdings wird sich auch zeigen, dass gerade einer der Kleinsten, Liechtenstein, nicht zuletzt seiner Gewichtslosigkeit wegen unbehelligt blieb, als Nusschale obenauf schwimmend, seetauglich.

II. EXISTENZGEFÄHRDUNG DURCH KRIEG UND ANNEXION

Europäische Kleinstaaten sind seit der Nationalstaatsbildung immer in einer Zwischen- und Randposition, zwischen oder am Rande grösserer Nationalstaaten und oft ethnisch der einen oder andern Nachbarsprachnation verwandt, allenfalls zu Teilen beiden. Letzteres gilt für Belgien oder die Schweiz, ersteres für das deutschsprachige Liechtenstein. In Zeiten des Krieges und der Rechtlosigkeit sind die kleinen Zwischen- und Randstaaten von Gewalt bedroht, von Annexion und Krieg. Verteidigungsfähig sind sie gegen grosse Nachbarn nur bedingt, wie die bewaffnet neutrale Schweiz, oder gar nicht, wie Liechtenstein, das seit 1868 sein 80-köpfiges Militärkontingent abgeschafft hat. Zwar sagt bis heute Artikel 44 der Landesverfassung:

«Jeder Waffenfähige ist bis zum zurückgelegten 60. Lebensjahre im Falle der Not zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.»³

1. Im Ersten Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg war Liechtenstein nicht kriegerisch bedroht. Niemand wollte es einnehmen. Auch waren die Kriegsfronten entfernt, die nächste zog sich im Südtirol zwischen Österreich-Ungarn und Italien

2 Aristoteles, Politik, 7. Buch, 1326b, Rohwohlt's Klassiker der Literatur und Wissenschaft, München 1968, S. 236.

3 Verfassung des Fürstentums Liechtenstein vom 5. Oktober 1921, Art. 44, Abs. 1 (aktuell weiterhin gültig).

hin. Zum Vergleich: Ungefährdet und unangetastet blieben im Ersten Weltkrieg San Marino, Monaco, Andorra. Ebenso blieb die bewaffnet neutrale Schweiz unbedroht und unberührt. Auch die neutralen Niederlande blieben von der deutschen Offensive gegen Frankreich verschont, aber nur aus strategischen Gründen, nicht aus völkerrechtlicher Rücksicht. Denn die ebenfalls neutralen Kleinstaaten Belgien und Luxemburg wurden von der Armee des deutschen Kaiserreiches überrannt und besetzt, Belgien wurde Gebiet des langen Stellungskriegs an der Westfront. Österreichisch-Ungarn seinerseits besetzte zeitweilig die zwei Balkan-Kleinstaaten Montenegro und Albanien, ebenso Serbien.

2. In der Zwischenkriegszeit

Die zwei Jahrzehnte der Zwischenkriegszeit waren für Kleinstaaten vorerst nicht ungünstig, wegen des Ausgangs des Ersten Weltkrieges mit dem Sieg der Entente. Dieser Ausgang brachte sogar neue Kleinstaaten hervor, nämlich die Republik Österreich wegen des Zerfalls der Donaumonarchie und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wegen der Niederlage des zaristischen Russland. Auch das von Russland unabhängig gewordene Finnland könnte man bevölkerungsmässig, wenn auch nicht nach Fläche, den neuen Kleinstaaten zurechnen. Die drei Baltenstaaten und Finnland waren neue kleine Nationalstaaten. Andererseits verschwand Montenegro im neu geschaffenen multinationalen jugoslawischen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen. Schliesslich war ein neu geschaffener Kleinstaat der Zwischenkriegszeit die Freie Stadt Danzig, als eine Frucht des Versuchs des Völkerbundes, nationalistische Rivalitäten in einem ethnischen Überlagerungsgebiet durch Schaffung eines kleinen, binationalen Zwischenstaates friedlich zu lösen. Dass Mussolini 1929 mit den Lateranverträgen der päpstlichen Vatikanstadt staatliche Souveränität garantierte, diente dem politischen Arrangement mit der Kirche. Zum Ende der Zwischenkriegszeit konnte man 1939 noch die Slowakei als neuen kleinen Nationalstaat aufführen, geschaffen freilich von Hitler zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Das faschistische Mussolini-Italien, das sowjetische Stalin-Regime und das nationalsozialistische Hitlerregime brachten innere und äussere Rechtlosigkeit, beobachtet von internationaler Ratlosigkeit. Der Anschluss Klein-Österreichs an Grossdeutschland im März 1938 ist als eine

Mischung von deutscher Annexion und österreichischer Selbstaufgabe zu betrachten.

3. Liechtenstein in Anschlussgefahr 1938/39

Unvermittelt geriet nun auch Liechtenstein in direkte Nachbarschaft zu Grossdeutschland, von dem aus es als «volksdeutsches Grenzland» betrachtet wurde. In der Woche nach dem österreichischen Anschluss drohte auch der liechtensteinische Anschluss. Die SS-geführte «Volksdeutsche Mittelstelle» in Berlin legte wenige Tage nach dem Anschluss Österreichs in Absprache mit Nationalsozialisten in Liechtenstein dem Auswärtigen Amt, dem Propagandaministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht Pläne vor, welche auf eine rasche Bildung einer NS-Regierung in Liechtenstein tendierten; diese sollte aus erzwungenen Neuwahlen, von Deutschland propagandistisch und finanziell gefördert, hervorgehen und dann «organisch» zum Anschluss führen.⁴ Aussenminister Ribbentrop reagierte aber hinhaltend, eine Aktion in Liechtenstein sei «untunlich».⁵ Darauf gab die Mittelstelle Weisung an ihre NS-Mittelsmänner in Vaduz durch,

«das Deutsche Reich wünscht nur Neuwahlen zur Einsetzung einer nationalsozialistischen Regierung»,

danach könne in die liechtensteinische Flagge das Hakenkreuz eingefügt, binnen Jahresfrist der Zollvertrag mit der Schweiz gekündigt und der

4 «Fürstentum Liechtenstein», «Bericht des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums», Dr. Stier, Berlin, 16. März 1938, Bundesarchiv Koblenz, K40. Kopie im Liechtensteinischen Landesarchiv (LLA). – Aufzeichnung von Legationsrat von Rintelen über die Vorsprache von Dr. Stier, Mikrofilm im LLA, Dok. 1204/331'729 f.; ebenso gedruckt in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie D: 1937–1941, Baden-Baden 1953–1970, Bd. V (ADAP D/V), S. 567. – Peter Geiger, Krisenzeit, Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939, 2. Aufl., Vaduz Zürich 2000 (1. Aufl. 1997), Bd. 2, S. 137–139.

5 Aufzeichnung von Erich Kordt vom 17. März 1938, dazu Vermerk von Rintelen vom 18. März 1938, Mikrofilm im LLA, Dok. 6321/E 471'502. – ADAP D/V, S. 567, Anm. 2. – Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 140.

Anschluss «legal» durchgeführt werden.⁶ Goebbels war offenbar bereit, mitzutun.⁷ Doch der Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Hans-Heinrich Lammers, besprach die Liechtenstein-Frage am 18. März 1938 mit Hitler selber, möglicherweise tat dies auch Ribbentrop. Aus einem handschriftlichen Randvermerk vom 19. März 1938 im Auswärtigen Amt ergeht denn ausdrücklich der

«Wunsch des Führers ..., dass wir uns nicht einmischen»,

darüber solle Ribbentrop sogleich Goebbels informieren.⁸ Ribbentrop selber notierte eilig:

«Gegen Wahl ... Keinerlei Einmischung von uns ... Anschluss ausschalten ...

Gegen Monaco Danzigstellung [sic] nichts einzuwenden ... Später eventuell Zoll und Währungs-Union ... »⁹

Dies blieb die Linie der deutschen Reichsführung gegenüber Liechtenstein. Ribbentrop liess informell mitteilen,

«dass wir, in der Voraussetzung, dass Liechtenstein an seinem bisherigen Status zur Schweiz nicht rühre, seinen Fortbestand garantierten.»¹⁰

Gemeint waren die durchgesickerten liechtensteinisch-schweizerischen Gespräche über eine allfällige Einbeziehung des Fürstentums in die bewaffnete Neutralität der Schweiz.¹¹ Allerdings dozierte Innenminister Frick am 21. März 1938 dem liechtensteinischen Regierungschef Josef Hoop, der an jenem Wochenende halboffiziös zu einer Briefmarkenaus-

6 «Betrifft: Liechtenstein», Volksdeutsche Mittelstelle, Dr. Stier, 18. März 1938, Mikrofilm im LLA, Dok. 1204/331 736; auch gedruckt in: ADAP D/V, S. 568 f. – Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 142.

7 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 143 f.

8 Mikrofilm im LLA, Dok. 6321 H/E 471 504. – Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 143 f.

9 Zwei hs. Notizzettel Ribbentrops, o. D. (zwischen zwei Aufzeichnungen vom 18. März 1938 liegend), Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin; Mikrofilm im LLA Dok. 115/117'380 f.

10 Auswärtiges Amt, Staatssekretär Mackensen an Ministerialdirektor Weizsäcker, 19. März 1938, Mikrofilm im LLA, Dok. 1204/331 737 f.; Doppelstück Mikrofilm im LLA, Dok. 317/192 022 f. – Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 145.

11 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 133–136, S. 145.

stellung und zur Kontaktnahme nach Berlin reiste, alle deutschsprachigen Völker würden freiwillig dem Reiche zustreben und eines Tages in ihm aufgehen.¹²

4. Warum wollte Hitler Liechtenstein 1938/39 nicht?

Seinen Nichteinmischungs-Entscheid traf Hitler am 18. März knapp vor der Reichstagsrede des gleichen Tages, in welcher er den Triumph des österreichischen Anschlusses feierte. Der gewaltsame Griff auf ein weiteres Land hätte Hitlers propagandistische Logik gestört. Mit der Schweiz wäre eine Komplikation eingetreten. Ausserdem war Liechtenstein als Beute zu klein. Es würde mit der Schweiz zusammen erledigt.¹³

Ein Jahr später, am 24. März 1939, scheiterte ein nationalsozialistischer Anschlussputsch in Liechtenstein und Feldkirch äusserst knapp. Getragen war die Aktion von einheimischen Nationalsozialisten und von NSDAP-Gliederungen in Vorarlberg. Der abendliche Putsch scheiterte am Widerstand der liechtensteinischen Regierung und Bevölkerung, welche die Putschisten isolierten, sowie an der Einsprache aus Berlin, einschliesslich Hitlers. In Berlin goutierte man eine eigenmächtige aussenpolitische Aktion durch eine untergeordnete Parteiebene nicht.¹⁴

5. Liechtenstein vor der Schweizer Festung Sargans

Gab es militärischen Schutz für Liechtenstein? Nein, weder während des Zweiten Weltkrieges noch danach. Die Frage wurde in der Schweizer Armeeführung und im Bundesrat in den 1920-er Jahren, 1934, 1938 und 1943 besprochen. Das Fazit lautete jeweils, die Schweiz könne Liechtenstein im Falle eines Angriffs nicht militärisch verteidigen, aus Neutralitätsgründen. Da indes die Lage des Fürstentums für die Schweiz von strategischer Bedeutung war, nämlich im direkten Vorfeld der Festung Sargans, die zum östlichen Verteidigungsbollwerk ausgebaut wurde, ent-

12 Ebenda, S. 170 f.

13 Ebenda, S. 145 f.

14 Ebenda, S. 346 ff.

wickelte die Schweizer Militärführung 1938 ein Szenarium, gemäss welchem Liechtenstein in die schweizerische Landesverteidigung einbezogen würde, einschliesslich Befestigungen im Fürstentum. So weit kam es indes nicht. Selbst die Abtretung des Ellhorns, eines Steilfelsens am Rhein vor Sargans, kam nicht zustande. Liechtenstein hatte vorerst zugesagt, verweigerte die Abtretung dann wegen deutscher Kompensationsforderungen. Die Schweiz hätte im Ellhorn gerne ein Artilleriewerk gebaut, als Teil der Festung Sargans. Die liechtensteinische Ellhorn-Verweigerung führte übrigens 1939 zu einer schweizerisch-liechtensteinischen Verstimmung, jedenfalls bis zum Kriegsausbruch. Nach dem Krieg erlangte die Schweiz 1949 den Abtausch des Ellhorns, nun im Zeichen des Kalten Krieges, durch erheblichen Druck auf Liechtenstein.¹⁵

Ab dem März 1938 und im ganzen Zweiten Weltkrieg befand sich Liechtenstein in ständiger latenter Anschlussgefahr. Ebenso bestand die Gefahr, vom Krieg erfasst zu werden. Das zeigt ein Blick auf die deutschen Pläne zum Angriff auf die Schweiz, auf die Planung des italienischen Generalstabs sowie auf die Situation bei Kriegsende. Die unmittelbar nach dem Sieg über Frankreich 1940 erstellten deutschen Planungen zum Fall Schweiz bezogen auch Liechtenstein mit ein.

Liechtenstein lag direkt vor der Festung Sargans. Mit der Einnahme von Sargans hätte die Wehrmacht einerseits Graubünden abgeschnitten und andererseits eine Route Richtung Glarus und Zürichsee in der Hand. Das Schweizer Abwehrdispositiv bei Kriegsbeginn (Karte zum Operationsbefehl Nr. 2 vom 4. Okt. 1939) zeigt die Situation: Liechtenstein lag mit zwei von drei Grenzseiten direkt an der schweizerischen Verteidigungsgrenze.¹⁶

Gleiches galt auch ab dem Sommer 1940 für das schweizerische «Réduit», bei dem Sargans ein Eckpfeiler blieb. Die weit über Liechtenstein hinaus reichenden Sarganser Festungskanonnen hätten das gesamte Gebiet des Fürstentums bestrichen. Liechtenstein wäre im Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz Kampffeld, Glacis vor Sargans gewesen.

15 Ebenda, S. 33 ff., S. 300 ff.

16 Karte, Abwehrdispositiv der Schweizer Armee gemäss «Operationsbefehl Nr. 2» vom 4. Oktober 1939 für den «Fall Nord» (deutscher Angriff), in: Walter Schaufelberger, Ein schwieriger Fall, erste Armeestellung 1939/40 und «Fall Nord» in operativer Sicht, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ), 11/1990, S. 665–671.

6. Deutsche Operationspläne

Die deutschen Operationsstudien zur Schweiz bestätigen dies. Sie sahen zumeist als Teil des Angriffs auf die Schweiz einen Angriffskeil durch das Vorarlberger Rheintal aufwärts über Liechtenstein auf Sargans vor, so der Operationsentwurf «Grün» der 12. Armee vom 6. September 1940 und ebenso der Operationsplan «Tannenbaum» der Heeresgruppe C vom 4. Oktober 1940.¹⁷

Der Angriffsplan Schweiz des SS-Standartenführers Boehme vom 20. Dezember 1943 hätte das Gebiet Liechtensteins eventuell ausgespart, indem ein für den Stoss auf Sargans vorgesehenes Wehrmachtkorps den Rhein nördlich von Liechtenstein gequert hätte und über das schweizerische Rheintal vorgerückt wäre, an Liechtenstein vorbei, doch erwähnte er für das Vorstossgebiet auch «Südliechtenstein» und «Vaduz».¹⁸ Die deutsche Kriegsmaschine hätte keine Rücksicht auf Liechtenstein genommen.

7. Italienische Operationspläne

Von italienischer Seite gab es 1940 ebenfalls Pläne des Generalstabs für den Angriff auf die Schweiz. Erfolgen sollte der italienische Angriff nur, falls der deutsche Angriff ausgelöst würde. Dann sollte die «catena mediana delle alpi», die mittlere Alpenkette inklusive Nordabdachung, erreicht werden. Mussolini verlangte in einer Denkschrift vom 22. Juni 1940 für den Fall einer Aufteilung der Schweiz ausdrücklich:

17 Hans Rudolf Kurz, *Operationsplanung Schweiz, Die Rolle der Armee in zwei Weltkriegen*, Thun 1974, S. 27 ff. – Alfred Ernst, *Die Bereitschaft und Abwehrkraft Norwegens, Dänemarks und der Schweiz in deutscher Sicht*, in: *Neutrale Kleinstaaten im Zweiten Weltkrieg*, Münsingen 1973, S. 7–73. – Werner Roesch, *Bedrohte Schweiz, Die deutschen Operationsplanungen gegen die Schweiz im Sommer/Herbst 1940 und die Abwehrbereitschaft der Armee im Oktober 1940*, Frauenfeld 1986.

18 Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegsführenden Mächte während des Zweiten Weltkrieges*, Biel 1957, S. 49–52 – E. Uhlmann, *Angriffspläne gegen die Schweiz*, in: *ASMZ 12/1949*, S. 841–862.

*«tutto il Canton Vallese, la conca di Orsera (Andermatt) nel Canton Uri, tutto il Canton Ticino, tutto il Canton dei Grigioni, la plaga di Ragace (Ragaz) nel Canton San Gallo».*¹⁹

Im italienischen Generalstab wurden 1940 und 1941 operative Überlegungen angestellt und Pläne ausgearbeitet. Als Demarkationslinie zwischen italienischem und deutschem Gebiet wurde im Juli 1940 ein an Liechtenstein grenzender Abschnitt genannt: «displuviale del Rhaticon», «Regenscheide des Rhätikon», dies bezeichnete die gebirgige Südgrenze Liechtensteins vom Ellhorn bis zum Naafkopf. Im Mai 1941 arbeitete man im italienischen Generalstab «Direttive per le operazioni contro la Svizzera» aus: Der italienische Angriff wäre möglichst schnell und vor den Deutschen bis Malans (vor der Südgrenze Liechtensteins) vorzutragen, bei Sargans würde man sich mit den aus Vorarlberg vorstossenden Wehrmachtstruppen treffen.²⁰ Das italienische Staatsgebiet sollte danach bis an die Grenze Liechtensteins, das dann allerdings Teil Grossdeutschland wäre, reichen. Doch der Krieg weitete sich anderswo aus.

8. Gefahr vor dem Kriegsende

Akute Kriegsgefahr gab es für Liechtenstein schliesslich in den letzten Wochen und Tagen des Krieges. Die Alliierten befürchteten den Aufbau einer deutschen «Alpenfestung» in den Tiroler und Vorarlberger Alpen. Die französischen Truppen drangen im April 1945 nördlich des Rheins von Basel her zum Bodensee vor und dann vom 1. Mai an durch Vorarlberg nach Feldkirch bis zur liechtensteinischen Grenze und weiter zum Arlberg. Deutsche Truppen zogen sich kämpfend zurück. Hierbei bestand die Gefahr, dass sie über die nicht militärisch geschützte Grenze

19 La catena mediana delle Alpi, Annesso 1, Schreiben des ital. Aussenministeriums vom 22. Juni 1940, gebilligt von Mussolini, gesandt u. a. an den ital. Generalstabschef sowie an die ital. Botschafter in Berlin und in Bern, abgedruckt in: Alberto Rovighi, Un secolo di relazioni militari tra Italia e Svizzera 1861–1961, Stato Maggiore dell'Esercito, Ufficio storico, Roma 1987, S. 534.

20 Stato Maggiore R. Esercito, Ufficio Operazioni I, sezione 2/a, Mai 1941, p. 10–12, Archivio dell'Ufficio Storico dello Stato Maggiore dell'Esercito (AUSSME), Roma, Rep. L–10, busta 70 (Kopien der Dokumente, 1999 vom AUSSME erhalten, wofür der Verfasser Herrn Col. a. s. SM Enrico Pino, Capo Ufficio Storico SME, Rom, sehr dankt).

übertreten und, von den Franzosen verfolgt, hier weiterkämpfen könnten. Es kam nicht dazu, am 3. Mai zogen die Deutschen aus Feldkirch ab, gleichentags standen die Franzosen an der liechtensteinischen Grenze. Die von der Regierung noch plakatierten Evakuierungsweisungen wurden hinfällig.

9. Einladung an die französische Armee

Interessant und neutralitätsrechtlich diskutabel ist ein Schreiben, welches Regierungschef Hoop in jener Situation am 2. Mai 1945 nach einem Treffen mit einem französischen und einem schweizerischen Offizier in Buchs an den kommandierenden französischen General Béthouard richtete: Regierung und Fürst begrüßten die französischen Truppen und baten zugleich darum, das liechtensteinische Territorium zu respektieren; falls aber deutsche Truppen nach Liechtenstein auswichen, ohne die Waffen niederzulegen, ersuchte die liechtensteinische Regierung General Béthouard, «den militärischen Schutz» des Fürstentums zu übernehmen und «das Land von feindlichen Streitkräften zu säubern»; danach sollten die französischen Truppen unter Mitnahme ihrer Kriegsgefangenen das Land wieder verlassen und den Status quo wieder herstellen.²¹ Auch dies wurde nicht nötig.

10. Interniert in Liechtenstein: «1. Russische Nationalarmee»

Allerdings überschritt in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 noch eine Spezialtruppe der Deutschen Wehrmacht die Grenze zu Liechtenstein, es war der Rest der innerhalb der Wehrmacht gegen Stalin aufgestellten Aufklärungstruppe «1. Russische Nationalarmee», geführt vom finnisch-russischen Bürgerkriegsveteranen Generalmajor Arthur Holm-

21 Schreiben der liecht. Regierung an den Kommandanten des 1. Französischen Armeekorps, 2. Mai 1945, Kopie (mit Original-Unterschrift von Regierungschef Josef Hoop), Schweizerisches Bundesarchiv Bern (BA Bern) E 2001 (E) 1969/262 Schachtel 12. – Peter Geiger, Am Rande der Brandung, Kriegsende 1945 in Liechtenstein, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein (JBL), Bd. 95, Vaduz 1998, S. 49–74.

ston (eigentlich Boris Smyslowsky), zusammen mit Begleitpersonen und Frauen 494 Personen umfassend. Sie gaben ihre Waffen ab und wurden in Liechtenstein interniert. Es entspann sich ein bis 1948 dauerndes Tauziehen um die Repatriierung oder Westemigration der Sowjetrussen.²²

11. Zum Vergleich: Andere Kleinstaaten im Zweiten Weltkrieg

Werfen wir einen vergleichenden Blick auf das Schicksal anderer Kleinstaaten im Zweiten Weltkrieg. Durchwegs wird deutlich, wie entscheidend auch die geographische und geopolitische Lage war. Das Schicksal der mittleren und grösseren Kleinstaaten während des Zweiten Weltkrieges ist bekannt, am wenigsten vielleicht jenes von *Luxemburg*. Mit Ausnahme des ganz am Rand liegenden, neutralen *Irland* und der bewaffnet neutralen *Schweiz* im Zentrum wurden sie allesamt annektiert oder besetzt. *Österreich* wurde 1938 angeschlossen. *Albanien* wurde 1939 von Italien und 1943 von Deutschland besetzt. Das verstümmelte Tschechien war ab 1939 deutsches «Protektorat». *Estland* und *Lettland* wurden im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen, *Litauen* wurde vorerst der deutschen Sphäre, fünf Wochen später im Zuge des Polenfeldzuges dann aber ebenfalls der Sowjetunion zugewiesen. Unter Druck traten Estland, Lettland und Litauen 1940 der Sowjetunion bei, nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurden sie deutsch besetzt, 1944 der Sowjetunion eingegliedert, bis zu deren Ende 1991. *Dänemark*, *Luxemburg*, die *Niederlande* und *Belgien* wurden 1940 von Deutschland besetzt.

12. Das Schicksal Luxemburgs

Aufschlussreich – auch in Analogie zu den Liechtenstein drohenden Gefahren – ist das Schicksal Luxemburgs. Es wurde am 10. Mai 1940 gleich

22 Peter Geiger/Manfred Schlapp, *Russen in Liechtenstein, Flucht und Internierung der Wehrmacht-Armee Holmstons 1945–1948*, Mit der Liste der Internierten und dem russischen Tagebuch des Georgij Simon, Vaduz Zürich 1996.

zum Beginn von Hitlers «Westfeldzug» besetzt, die Regierung und die grossherzogliche Familie flohen ins Exil. Verwaltung und Sprache wurden eingedeutscht. 1942 wurde Luxemburg von Deutschland annektiert, die jüdische Bevölkerung deportiert und vernichtet. Luxemburger wurden zur Wehrmacht und zum Reichsarbeitsdienst eingezogen, Tausende kamen um.²³

13. Andorra, San Marino, Vatikanstaat

Das Schicksal der so kleinen Staaten wie Liechtenstein verlief unterschiedlich. *Andorra*, das nie eine Armee besass,²⁴ war wie Liechtenstein nicht Kriegsgebiet und nicht besetzt. *San Marino* hatte ab 1923 eine an Mussolini angelehnte faschistische Diktatur, bis zum Sommer 1943. Es blieb im Krieg neutral, es stellte Italien keine Soldaten. Im Juni 1944 wurde es indes von britischen Flugzeugen bombardiert, dabei wurden 60 Personen getötet. Im September 1944 kämpften im Gebiet von San Marino alliierte und deutsche Truppen, danach war die Republik noch für einige Monate von der US-Armee besetzt.²⁵ Der *Vatikanstaat* mitten in Rom wurde nicht tangiert. Doch trugen sich Hitler und seine Umgebung im Herbst 1943, als Italien aus der Achse ausschied und die Alliierten Rom näherrückten, offenbar zeitweilig mit dem Gedanken, Papst Pius XII. zu entführen, und zwar ins neutrale Liechtenstein. Hitler persönlich beauftragte am 12. September 1943 Waffen-SS-General Karl

23 Henri Koch-Kent, Jean Hames, Francis Steffen, Hitlertum in Luxemburg 1933–1944, 2. Aufl., Luxemburg 1972. – Marc Buck, Les jeunes Luxembourgeois «enrôlés de force» dans la Wehrmacht (1940–1945), Bruxelles 1969 (Manuskript, 186 Seiten). – Paul Cerf, Longtemps j’aurai mémoire, Documents et témoignages sur les Juifs du Grand-Duché de Luxembourg durant la seconde guerre mondiale, Luxembourg 1974. – Serge Hoffmann, La Résistance dans le Grand-Duché de Luxembourg pendant la Deuxième Guerre Mondiale, Analyse de l’organisation de résistance L.V.L. (Letzburger Vollekslegio’n), Bettembourg 1976 (Manuskript, 84 Seiten). – <http://de.wikipedia.org> (Artikel Luxemburg im Zweiten Weltkrieg, gelesen 22. August 2006).

24 Freundliche Mitteilung von Frau Waltraud Maier, Andorra la Vella, vom 27. Juli 2006 an den Verfasser.

25 www.sanmarinosite.com : Repubblica di San Marino, Storia, I e II Guerra Mondiale, 1702 d. F. R., 1998 (gelesen 23. Aug. 2006). – www.wikipedia.org : Artikel San Marino, Abschnitt Faschismus und Zweiter Weltkrieg (gelesen 23. Aug. 2006).

Wolff mit der Planung des Streichs, gemäss Wolffs späterer Aussage. Wolff habe Hitler aber im Dezember 1943 von der Idee abgebracht und auch im Frühjahr 1944 den Papst gewarnt.²⁶

14. Monaco

Das Fürstentum *Monaco* durchlebte ein schwierigeres Schicksal. Die rund 20 000 Bewohner, zusammengepresst auf gut 1,5 Quadratkilometer an der gebirgigen Küste, waren zu etwa 10 Prozent Monegassen, zu je 40 Prozent Franzosen und Italiener, der Rest waren andere Ausländer. Monaco lag, von Frankreich umschlossen und eng mit diesem verbunden, zugleich nahe der italienischen Grenze, im Visier von Mussolinis Begehrlichkeiten. Ohne Armee, formell neutral, stand es zwischen den Kriegslagern, moralisch allerdings an der Seite Frankreichs. Fürst Louis II. diente 1939 beim Kriegsbeginn als französischer General, und die Thronfolgerin Prinzessin Charlotte leitete an der Front eine französische Verwundetenhilfe. Trotz formeller Selbständigkeit musste Monaco faktisch eine rund zweijährige Besetzung ertragen, zuerst durch Italien vom November 1942 bis September 1943, dann durch Deutschland vom September 1943 bis zur Befreiung am 8. September 1944. Ebenso erlitt Monaco Bombardierungen und Artilleriebeschuss. Die französischen Grenzbefestigungen vor der nahen italienischen Grenze lagen direkt neben und oberhalb Monaco – ähnlich exponiert wie Liechtenstein vor Sargans.

Nach dem 10. Juni 1940, als Italien in den Krieg eintrat, erhob Mussolini Anspruch auf Savoyen, auf das Gebiet um Nizza und auch auf

26 «Wie der Papst entführt werden sollte», in: Der Stern Nr. 17/1972. – «Wie der Führer den Papst entführen wollte», in: Der Stern, 16.1.2005 (www.stern.de/politik/historie, gelesen am 5. Okt. 2006). – Siehe insbesondere Horst Carl, Liechtenstein und das Dritte Reich, Krise und Selbstbehauptung des Kleinstaates, in: Volker Press/Dietmar Willoweit (Hrsg.), Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung, Geschichtliche Grundlagen und moderne Perspektiven, 2. Aufl., Vaduz München Wien 1988, S. 419–464, hier S. 467 f. – Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, Hrsg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt a.M. Berlin Wien 1974, S. 354 (20. Oktober 1943, Rom) und S. 406 (15. April 1946). – Le Saint Siège et la Guerre Mondiale, Janvier 1944–Mai 1945 (Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, 11), Rom 1981, S. 103. – Neue Zürcher Zeitung, 26. Jan. 1944: «Der Papst bleibt in Rom».

Das deutsch besetzte Monaco unter alliierten Bomben, August 1944.

(Foto: *Bibliothèque Louis Notari, Mediathèque, Monaco*)



Monaco. Italienische Truppen drangen östlich von Monaco über die französische Grenze vor, wurden aber durch die französischen Verteidiger aufgehalten. Nach dem französisch-italienischen Waffenstillstand vom 24. Juni 1940 lag Monaco umschlossen vom nicht deutschbesetzten Teil Frankreichs und zugleich innerhalb der demilitarisierten Zone westlich der Waffenstillstandslinie. Es blieb vorerst formell souverän, Italien und Deutschland hatten diplomatische Vertreter stationiert. Fürst Louis II. bekannte sich, um den unabhängigen Status des Landes zu betonen, zu Pétain und dem Vichy-Régime. Über Banken und Firmen in Monaco liefen auch deutsche Einkäufe und Devisenbeschaffung. Andererseits fanden flüchtende Juden vorerst Zuflucht. Nach der amerikanischen

Landung in Nordafrika im November 1942 rückte die italienische Armee bis Toulon vor und besetzte auch Monaco für zehn Monate, bis im September 1943. Ab dem Frühjahr 1943 galten Monaco und die weitere Küstenumgebung als Teil der «zone de combat».

Nach der italienischen Kapitulation am 8. September 1943 verliesen die italienischen Truppen Monaco. Zwei Tage darauf besetzten am 10. September 1943 die Deutschen Nizza und Monaco, Gestapo und Abwehr zogen ein. Formell blieb Monaco souverän und nichtkriegführend, doch faktisch war es nun für ein Jahr deutsch besetzt, vom September 1943 bis September 1944. Die Organisation Todt befestigte Monaco gegen eine allfällige alliierte Landung. In Monaco gab es in dieser Zeit Repressalien, Deportationen von Juden, Versorgungsschwierigkeiten, zeitweilig Hunger. Am 14. Februar 1944 erklärte die deutsche Militärbehörde Monaco als Teil der «zone occupée», der «besetzten Zone» Frankreichs. Geheime Résistance-Zellen organisierten sich. Die Deutschen exekutierten einige Personen. Eine Teilevakuierung von Monaco wurde vorbereitet. Ab Anfang August und insbesondere ab dem 15. August 1944, dem Zeitpunkt der alliierten Landung in der Provence, stand Monaco für Wochen unter Belagerung. Es wurde von alliierten Flugzeugen bombardiert, das Spital getroffen. In unmittelbarer Nähe fanden während fast drei Wochen Kämpfe statt, ständig zogen deutsche Truppen durch das Fürstentum, vor und zurück. Am 3. September 1944 zogen die Deutschen Richtung Italien ab, amerikanische und französische Truppen erschienen. Monaco war befreit. Aber es lag nun noch bis Anfang November 1944 unter Beschuss deutscher Artillerie von der nahen italienischen Grenze her. Nach dem Abzug der Deutschen gab es im September 1944 drei Wochen politischer Ungewissheit, Einzelne riefen nach «Säuberung». Prinz Louis II. rief französische Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ins Land. Erbprinz Rainier diente ab Ende September 1944 als Leutnant im französischen Heer unter De Gaulle.²⁷

27 Jean Drouhard, 1938–1945: Monaco et la Grande Tourmente, in: *Annales Monégasques*, Revue d'Histoire de Monaco (Publication des Archives du Palais Princier), Monaco, 7/1983, S. 55–119. – Jean-Louis Panicacci, Les opérations militaires dans la région de Monaco de 1939 à 1945, in: *Annales Monégasques*, Monaco, 17/1993, S. 149–170. – Hyacinthe Chiavassa, Juin 1940: La bataille de Menton, in: *Annales Monégasques*, Monaco, 8/1984, S. 7–36. – <http://de.wikipedia.org> (Artikel Monaco, Geschichte, Monaco im 20. Jahrhundert, gelesen 25. Aug. 2006).

15. Hitler: «Kleinstaatengerümpel»

Dass bei einem für Hitler siegreichen Kriegsausgang die Kleinstaaten untergegangen wären, unterliegt kaum einem Zweifel. Hitler äusserte sich mehrfach dahingehend.²⁸ So führte Hitler am 7. Mai 1943 vor den in Berlin versammelten Reichs- und Gauleitern aus – gemäss Goebbels' Tagebuch –, was nach dem Sieg im Osten zu geschehen habe, nämlich

*«dass das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muss. Es muss das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen.»*²⁹

16. Nach dem Krieg

Als Folge des Zweiten Weltkrieges und der anschliessenden kommunistischen Herrschaft in Osteuropa verschwanden ab 1940 die Kleinstaaten Estland, Lettland und Litauen wieder für ein halbes Jahrhundert. Die übrigen Kleinstaaten blieben bestehen beziehungsweise wurden befreit und wieder hergestellt, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Albanien, Monaco. Die kurzlebige Slowakei ging wieder in der Tschechoslowakei auf, ebenso der von 1941 bis 1945 bestehende faschistische «Unabhängige Staat Kroatien» in Jugoslawien.

III. VÖLKERRECHTLICHE ANERKENNUNG

Wenden wir uns der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung zu. Dies betraf die Kleinsten. Wir sehen uns vorab Liechtenstein an. Dessen Anerkennung war im Ersten Weltkrieg lückenhaft, scheiterte im Völkerbund, gelang vor Roosevelt, wurde abgeschätzt in London, blieb aber, wie prekär immer, erhalten vor Hitler.

28 Vgl. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Frankfurt a.M. Berlin 1989 (unveränderte Neuauflage der Ausgabe von 1951), S. 307 (16. Mai 1942); S. 317 (20. Mai 1942); S. 483 f. (Hitlers Geheimrede vom 23. Nov. 1937).

29 Joseph Goebbels, Tagebücher, Hrsg. von Ralf Georg Reuth, Band 5: 1943–1945, München Zürich 1992, S. 1928 f. – Wiedergegeben auch bei Jürg Fink, Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches 1933–1945, Zürich 1985, S. 27.

1. Schwierigkeiten im Ersten Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg und unmittelbar nach dem Krieg hatte Liechtenstein einige Schwierigkeiten bezüglich seiner völkerrechtlichen Anerkennung. Man zählte Liechtenstein vom Ententelager aus zu Österreich-Ungarn. Denn mit diesem war Liechtenstein durch Zollvertrag, Währung, Post und diplomatische Vertretung nach aussen aufs Engste vertraglich verbunden. Der Fürst selber wohnte und lebte in Österreich, hatte dort und in Böhmen-Mähren seine ausgedehnten Besitzungen liegen. Mitglieder des Fürstenhauses übten in Österreich militärische und politische Funktionen aus. Prinz Franz war vor 1900 österreichischer Botschafter in Petersburg und vor 1914 offenbar sogar als österreichischer Aussenminister im Gespräch gewesen. Im Krieg wurde denn die sehr leise abgegebene liechtensteinische Neutralitätserklärung von Seiten der Entente kaum oder, wie seitens Frankreichs, gar nicht anerkannt. Man behandelte das Fürstentum als «Feindstaat» oder doch als «Gebiet unter Feindkontrolle». Vereinzelt wurden liechtensteinische Staatsangehörige in Ententeländern interniert, ihr Besitz mit Beschlagnahme belegt.³⁰

Nach dem Kriegsende wurde dann zwar Liechtensteins Souveränität und auch Neutralität von den Siegermächten anerkannt. Eine Ausnahme machte die neu entstandene Tschechoslowakei: Diese hatte die Besitzungen des Fürsten auf ihrem Gebiet im Auge und argumentierte dahin, das Fürstentum sei österreichisch und sollte daher Österreich zugeschlagen werden. Dem folgte die Pariser Friedenskonferenz nicht. Auch wenn sie dem Bemühen Liechtensteins, Zugang zur Konferenz zu erlangen, nicht stattgab – warum auch sollte sie –, anerkannte sie Liechtenstein als Staat, indem sie im Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 in Artikel 27 die österreichische Grenze definierte:

«Les frontières de l'Autriche seront fixées comme il suit:

1° Avec la Suisse et avec Liechtenstein, la frontière actuelle. ... »³¹

30 Pierre Raton, *Le Liechtenstein, Histoire et Institutions*, Genève 1967, S. 50–67.

31 Zit. Raton, S. 63. – Vgl. Rupert Quaderer, Ein «Annex Österreichs» oder ein souveräner Staat? Liechtensteins Beziehungen zur Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg, in: JBL, Bd. 101, Vaduz 2006, S. 103–127.

2. Manövrierojekt Kleinstaat

Hier sei kurz auf einen speziellen Aspekt des Umgangs mit Kleinstaaten hingewiesen. Gelegentlich wurde der Kleinstaat als Manövrierojekt, mit dem grössere Staaten bestimmte Ziele erreichen wollten, angesehen. Aus liechtensteinischer Sicht zu nennen ist hier ein geheimer Plan von 1916, der vom deutschen Politiker Matthias Erzberger gefördert und an den Fürsten Johann II. herangetragen wurde. Zur Lösung des Kirchenstaatszwists zwischen Italien und dem Papst sollte das Fürstentum Liechtenstein dem Papst übertragen werden. So hätte der Papst, der in Rom in der Vatikanstadt in Selbstisolation lebte, einen unabhängigen Kirchenstaat. Er hätte nicht in Liechtenstein residieren müssen, der Fürst hätte hier als päpstlicher Stellvertreter gewirkt. Der fromme Katholik Fürst Johann II. gab sein prinzipielles Einverständnis, allerdings mit Verweis darauf, dass auch sein Bruder und die weiteren Agnaten mitzureden hätten – und im Wissen, dass sein Bruder Franz dazu nie Hand böte. Franz wurde später selber Fürst. So versandete diese völkerrechtlich skurrile Konstruktion.³²

3. Völkerbund und Kleinstaat

Eine Enttäuschung erlebte Liechtenstein dann aber 1920, als es sich zur Absicherung seiner Souveränität – und auch zur Festigung der Position gegenüber der Tschechoslowakei – um Aufnahme in den Völkerbund bemühte. Liechtenstein hatte vorgängig den Zollvertrag mit Österreich gekündigt, den Schweizer Franken übernommen, eigene Gesandtschaften in Wien und Bern eingerichtet. Liechtenstein liess sich neu von der Schweiz diplomatisch im Ausland vertreten. Den Antrag um Aufnahme im Völkerbund stellte Liechtenstein über die Schweiz. Der schweizerische Bundesrat Giuseppe Motta argumentierte für Liechtensteins Zulassung. Doch nach Beratungen und Berichten der Kommissionen lehnte die Vollversammlung des Völkerbundes im Dezember 1920 die Auf-

32 Maximilian Liebmann, *Der Papst – Fürst von Liechtenstein, Ein Vorschlag zur Lösung der römischen Frage aus dem Jahre 1916*, in: JBL, Bd. 85, Vaduz 1985, S. 229–249.

nahme Liechtensteins ab, mit 28 Nein-Stimmen und nur 1 Ja-Stimme, jener der Schweiz, bei immerhin 13 Enthaltungen.

Die Begründung der Ablehnung ist aufschlussreich: Liechtenstein sei von mehreren Staaten anerkannt, habe Verträge mit andern Staaten abgeschlossen, habe eine stabile Regierung, ein Territorium von 157 km² in definierten Grenzen und eine Bevölkerung von 11–12 000 Seelen, Liechtenstein sei daher zweifellos juristisch ein souveräner Staat. Aber wegen seiner sehr beschränkten Fläche, seiner geringen Bevölkerung und seiner geographischen Lage habe Liechtenstein einige Attribute seiner Souveränität an andere Mächte delegiert, so Zoll, Post, Telegraph, Telephon, diplomatische Vertretung im Ausland sowie die letztinstanzliche Beurteilung gewisser Gerichtsfälle, und: «Le Liechtenstein n'a pas d'armée.» Aus all diesen Gründen befand die Völkerbundsversammlung, *«nous estimons que la Principauté de Liechtenstein n'est pas en mesure de s'acquitter de toutes les obligations internationales qui lui incomberaient en vertu du Pacte.»*³³

Das heisst, Liechtenstein wäre nicht in der Lage, alle ihm als Völkerbundsmitglied zufallenden internationalen Verpflichtungen zu erfüllen – was durchaus zutraf. Aristotelisch ausgedrückt: Das winzige liechtensteinische Staatsschifflein wurde als «untauglich zur Schifffahrt» befunden.

Das liechtensteinische Aufnahmegesuch wurde als einziges abschlägig beschieden. Daneben hatten Costa Rica, Luxemburg, Österreich, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Albanien, Bulgarien, die Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbeidschan um Beitritt angesucht. Alle ausser den vier letztgenannten, die in die Sowjetunion gepresst wurden, fanden Aufnahme.³⁴

Wir sehen, was für die Nichtaufnahme ausschlaggebend war: Kleinheit, Outsourcing vieler Staatsaufgaben, fehlende Landesverteidigung. In der gleichen Situation wären Andorra, Monaco und San Marino gewesen. Andorra, das von zwei auswärtigen Ko-Regenten regiert

33 Zit. Raton, S. 69, Bericht der 2. Subkommission, 27. Nov. 1920, so von der 5. Kommission und von der Vollversammlung des Völkerbundes übernommen, Raton, S. 67–76.

34 Liste des Etats membres de la Société des Nations, www.wikipedia.org (gelesen 20. Juli 2006).

wurde – dem spanischen Bischof von Urgel und dem französischen Staatspräsidenten –, stellte kein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund. Für San Marino richtete Italien zwar im April 1919 eine Eingabe an den Völkerbund, doch da auf eine Bitte des Generalsekretariats des Völkerbundes um Auskünfte keine Auskunft erfolgte, wurde San Marinos Anwartschaft nicht weiter behandelt. Für Monaco schliesslich präsentierte Frankreich im April 1920 ein Aufnahmegesuch, zog es aber im Oktober 1920 wieder zurück.³⁵ So liess tatsächlich Liechtenstein allein den Völkerbunds-Lackmustest der Kleinsten über sich ergehen und scheiterte.

Ganz wohl war den Völkerbunds-Vertretern nicht dabei. Der Vorsitzende der für Neuaufnahmen zuständigen Kommission, Lord Robert Cecil von Südafrika, bemerkte zu Liechtensteins Ablehnung, es sei «nicht fair, einen Staat, nur weil er klein ist, völlig von einer Organisation der Länder der Welt auszuschliessen».³⁶ Der schweizerische Bundesrat Motta äusserte, es wäre «fâcheux», misslich, wenn souveräne Staaten, welche der Völkerbund wegen ihrer Kleinheit nicht für beitragswürdig erachte, von der internationalen Gemeinschaft abgeschnitten blieben, «retranchés de la communauté internationale».³⁷ Auf Vorschlag Mottas nahm die Völkerbundsversammlung in Aussicht, zu prüfen, ob und wie souveräne Staaten, die wegen ihrer Winzigkeit («exiguïté») nicht ordentliche Mitglieder werden konnten, trotzdem mit dem Völkerbund zu verbinden wären. Diesem Vorschlag hatte in der Kommission auch Edvard Beneš, der tschechoslowakische Ministerpräsident, zugestimmt.³⁸ In der Folge diskutierte eine Subkommission Vorschläge nach zwei Richtungen: Zum einen dachte man an eine Mitgliedschaft ohne Stimmrecht oder mit Beschränkung der Mitwirkung auf Fragen, die den kleinen Staat direkt betreffen. Zum andern erwog man die Vertretung des kleinen Staates durch ein Völkerbundsmitglied, ohne zusätzliche Stimmkraft.³⁹ Man kam zu keiner Regelung und damit zu keiner Völkerbunds-

35 Raton, S. 68. – Paul Guggenheim, *Der Völkerbund in seiner politischen und rechtlichen Wirklichkeit*, Leipzig Berlin 1932, S. 31.

36 Norbert Jansen, *Liechtenstein und die Vereinten Nationen* (Liechtenstein – Wirtschaftsfragen Heft 18), Vaduz 1991, S. 18–23, hier S. 23.

37 Zit. Raton, S. 70.

38 Raton, S. 70 f.

39 Raton, S. 71–76.

mitgliedschaft der ganz Kleinen. Immerhin erlaubte der Völkerbund ab 1922 Nichtmitgliedstaaten den Zugang zum Ständigen Internationalen Gerichtshof, unter der Voraussetzung, dessen Judikatur anzuerkennen. Die entsprechende Erklärung gaben Monaco 1937 und Liechtenstein 1939 ab.⁴⁰

Der Misserfolg Liechtensteins beim Völkerbund hatte zwar kaum praktische Bedeutung. Aber er hob schmerzlich die eigene Beschränktheit als Staatswesen ins Licht. Hatte im alten Reichstag, im Rheinbund und im Deutschen Bund der Fürst oder sein Gesandter noch im Kreise der Staaten gesessen, so blieb Liechtenstein nun ausgeschlossen, herabgestuft. Das Völkerbunds-Nein ist bis heute eine gelegentlich zuckende historische Narbe, weil sie an das Faktum der unveränderten Kleinheit des Staatsschiffchens erinnert und an das eigenstaatliche Selbstverständnis rührt.

4. Erhöhte Bedeutung der völkerrechtlichen Anerkennung ab 1938

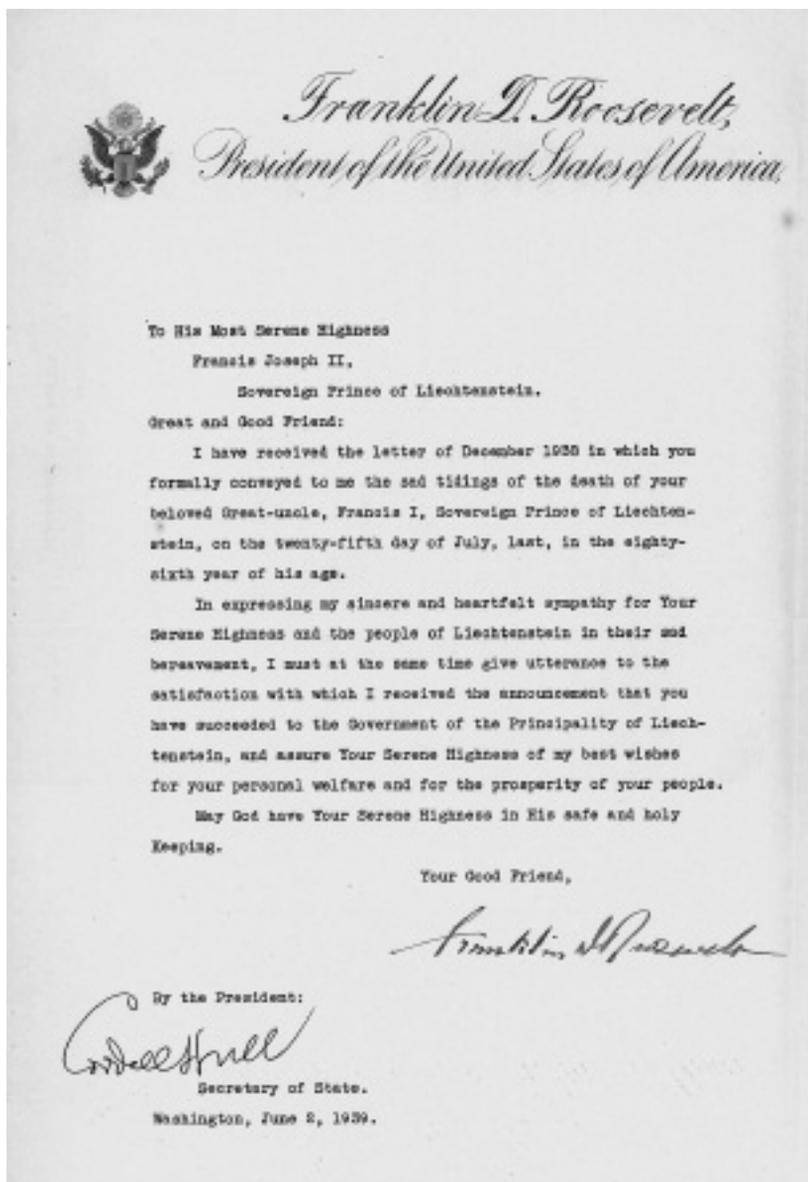
Hitlers Griff auf Österreich und auf die tschechoslowakischen Sudetengebiete 1938 sowie auf Tschechien selber 1939 zeigte, dass die Grenzländer des Reiches unmittelbar bedroht waren. Umso wichtiger war die Kontinuität der formellen völkerrechtlichen Anerkennung, gerade für Kleinstaaten, so hülsenhaft schwach auch das Recht nun war.

Als im Juli 1938 Fürst Franz I. von Liechtenstein starb, trafen beim neuen Fürsten Franz Josef II. zahlreiche Kondolenztelegramme ein, unter anderem vom tschechoslowakischen Präsidenten Beneš, vom polnischen Staatspräsidenten Moscicki und auch vom deutschen Reichskanzler Hitler. Fürst Franz Josef II. liess nun seinerseits Notifikationsschreiben zu seinem Regierungsantritt an 57 Staatsoberhäupter in aller Welt senden, weitergeleitet durch die Schweizer Diplomatie. Auch Andorra war ein Adressat, doch teilte das Eidgenössische Politische Departement mit, Andorra sei nicht souverän; so sandte Liechtenstein denn Andorra kein Schreiben. Die formellen Antworten der Staatsoberhäupter trafen ein. Darunter sind die europäischen Monarchen ebenso wie der neue

40 Raton S. 74.

Der Kleinstaat in der Ära der Weltkriege

«Great and Good Friend»: Schreiben Roosevelts an den Fürsten von Liechtenstein, 2. Juni 1939, mitunterzeichnet von Aussenminister Cordell Hull. (*Liechtensteinisches Landesarchiv*)



Papst Pius XII. und Präsident Roosevelt, welcher den jungen Fürsten mit «Great and Good Friend» anredete (Roosevelt an Franz Josef II., 2. Juni 1939).⁴¹ Gewiss waren dies protokollarische Gesten. Aber jedes solche Ritual rief den souveränen Status des Fürstentums in Erinnerung.⁴²

5. Besuch bei Hitler 1939

Solcher Vergewisserung dienten auch die Antrittsbesuche Franz Josefs beim Schweizer Bundesrat im April 1938 (damals noch als Prinzregent) und bei Hitler und der Reichsregierung in Berlin Anfang März 1939. Franz Josef hatte fast ein Jahr lang auf einen formellen Besuch in Berlin gedrängt, Hitler hatte immer wieder verzögert. Die deutsche Presse veröffentlichte eine kurze Mitteilung und ein Bild, welches die liechtensteinischen Besucher und deutsche protokollarische Begleiter auf der Treppe der Neuen Reichskanzlei zeigt. Das halbstündige Gespräch in der Neuen Reichskanzlei, ohne Tee, war Hitler offensichtlich lästig, er bereitete gerade den Überfall auf Tschechien vor.⁴³ Hitler hatte 1938 bei Tisch, wie Goebbels im Tagebuch festhielt, die Fürsten generell und die Habsburger besonders als «charakterlos oder idiotisch» und «nur noch zur Heirat mit reichen Jüdinnen» geeignet abgetan und angekündigt, bald würden «die ganzen alten Häuser depossediert».⁴⁴ Immerhin empfing Hitler nun, neun Monate nach jenen internen ausfälligen Bemerkungen, den Fürsten von Liechtenstein offiziell, was für den Moment wenigstens die formelle Anerkennung für das Fürstentum und dessen Staatsoberhaupt bedeutete.

41 Das Schreiben von Präsident Roosevelt, von Aussenminister Cordell Hull mitunterzeichnet, ist in Faksimile abgebildet bei Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 448.

42 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 225 f.

43 Ebenda, S. 184–186, S. 331–345.

44 Joseph Goebbels, Tagebücher, hrsg. von Ralph Georg Reuth, Bd. 3, München Zürich 1992, S. 1224 und S. 1226. – Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 226.

Der Kleinstaat in der Ära der Weltkriege

Liechtensteinischer Antrittsbesuch in Berlin am 2. März 1939: Fürst Franz Josef II., Regierungschef Josef Hoop (Mitte, mit Brille), Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt (oben, 3. v. r.), fürstl. Kabinettsdirektor Josef Martin (rechts neben dem Fürsten), fürstl. Kabinettssekretär Rupert Ritter (oben links mit Brille), alle in Zivil, geleitet von uniformierten Funktionären des deutschen Protokolls, beim Verlassen der Neuen Reichskanzlei nach der halbstündigen Audienz bei Hitler. (Foto: Liechtensteinisches Landesarchiv)



Im Boot mit der Schweiz: Fürst Franz Josef II. und der Zürcher Regierungsrat am «Liechtensteiner Tag» der Schweizerischen Landesausstellung in Zürich, 16. Juli 1939. (Foto aus: Norbert Jansen, Robert Allgäuer, *Liechtenstein 1938–1978*, Vaduz 1978, S. 38)



6. Roosevelts Appell an Hitler und Mussolini

Wenig später erlangte Liechtenstein öffentliche Bestätigung als souveräner Staat von amerikanischer Seite. Nachdem nämlich Hitler Mitte März 1939 die Tschechoslowakei zerschlagen sowie das litauische Memelland besetzt und nachdem Mussolini Anfang April Albanien überfallen hatte, richtete Präsident Roosevelt am 14. April 1939 ein sogleich veröffentlichtes Telegramm an Hitler und an Mussolini. Er forderte die beiden Aggressoren zur Versicherung auf, namentlich genannte Staaten nicht anzugreifen und deren Besitz nicht zu tangieren. In Roosevelts Staatenliste, welche alle direkten und indirekten Nachbarn Deutschlands und Italiens umfasste, alles in allem 32 Länder, war auch Liechtenstein aufgeführt – nicht aber Monaco, San Marino, Andorra, der Vatikanstaat und die Freie Stadt Danzig. Die Kernpassage von Roosevelts Appell an Hitler und Mussolini lautete:

«Are you willing to give assurance that your armed forces will not attack or invade the territory or possessions of the following independent nations: Finland, Estonia, Latvia, Lithuania, Sweden, Norway, Denmark, the Netherlands, Belgium, Great Britain and Ireland, France, Portugal, Spain, Switzerland, Liechtenstein, Luxembourg, Poland, Hungary, Rumania, Yugoslavia, Russia, Bulgaria, Greece, Turkey, Iraq, the Arabias, Syria, Palestine, Egypt, and Iran.»⁴⁵

Hitler und Mussolini sollten, so drängte Roosevelt, ihre Zusicherung für mindestens zehn Jahre oder lieber für ein Vierteljahrhundert abgeben, so dass der Friede für lange gesichert bliebe.⁴⁶ Hitler ging in die rhetorische Gegenoffensive, indem er eine Reihe von Nachbarstaaten anfragen liess – so auch die Schweiz –, ob sie sich von Deutschland durch Krieg bedroht fühlten. Die Schweiz antwortete nur, sie vertraue darauf, dass die von allen Nachbarstaaten anerkannte Neutralität der Schweiz respek-

45 Franklin D. Roosevelts Botschaft an Adolf Hitler, 14. April 1939, integral in der Originalsprache wiedergegeben in: Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Aussenpolitik 1793–1947, Bearbeitet von Herbert Strauss, (Quellen zur neueren Geschichte, Hrsg. vom Historischen Seminar der Universität Bern, Heft 22/23/24), Bern 1957, S. 153–156, hier S. 154 f.

46 Ebenda, S. 155.

tiert werde.⁴⁷ Das kleine Liechtenstein wurde von Hitler nicht angefragt.⁴⁸

7. Britische Einschätzung: «A historical curiosity»

In diesen Frühlingstagen 1939 fanden Befürchtungen, Liechtenstein könnte von Deutschland annektiert werden, auch Niederschlag in Papieren des britischen Aussenministeriums. Dort fragte man sich, was Grossbritannien und Frankreich für Liechtenstein tun könnten. Nichts, lautete das Fazit. Und Cadogan notierte wenige Tage nach Roosevelts Appell eben jene eingangs dieses Beitrags zitierte Einschätzung: Liechtenstein sei «a historical curiosity», existiere nur «by mistake» («aus Versehen») und sollte «of course» überhaupt nicht existieren als «an independent state».⁴⁹ Kriterium war die Kleinheit.

8. Glückwunschtelegramme

Während der bedrohlichen hitlerdeutschen Nachbarschaft von 1938 bis 1945 dienten die zwischen dem Fürsten und Hitler gewechselten Glückwunschtelegramme, vorab zu Geburtstag und Neujahr, immer wieder dazu, die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins bestätigt zu erhalten, wenigstens jeweils für den Augenblick.⁵⁰ Gleiches gilt für den Besuch des Fürsten in Rom beim König von Italien – nicht beim Duce – und beim Papst im November 1941⁵¹ sowie des Fürstenpaares beim Schweizer Bundesrat im April 1943.⁵²

47 Zur schweizerischen Reaktion siehe Documents Diplomatiques Suisses (DDS), Bd. 13, Bern 1991, S. 162 f.

48 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 456 f.

49 National Archives (ehemals Public Record Office PRO), PRO FO 371/22969, handschriftliche Notiz vom 22. April 1939 von Permanent Under-Secretary of State and Foreign Secretary Alexander Cadogan, zuhanden von Aussenminister Lord Halifax. – Vgl. Beattie, Liechtenstein, S. 101.

50 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 146, S. 152 f., S. 243.

51 Liechtensteiner Volksblatt, 15. Nov. 1941. – Robert Allgäuer/Norbert Jansen/Alois Ospelt (Hrsg.), Liechtenstein 1938–1978, Bilder und Dokumente, Vaduz 1978, S. 70.

52 Allgäuer/Jansen/Ospelt, Liechtenstein 1938–1978, S. 93.

Bei und nach dem Kriegsende 1945 war die völkerrechtliche Anerkennung Liechtensteins nie in Frage gestellt. Die von Fürst Franz Josef II. forcierte Wiedereröffnung der liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern, welche von 1919 bis 1933 bestanden hatte und aus Spar- und Parteigründen geschlossen worden war, erfolgte im Dezember 1944. Sie diente mit Blick auf die alliierten Sieger der direkteren Wahrnehmung der fürstlichen Vermögensinteressen und der ausserpolitischen Kompetenzen.⁵³ Am 9. Mai 1945, einen Tag nach der deutschen Kapitulation, sandte Fürst Franz Josef telegraphische Glückwünsche zum Sieg an den amerikanischen Präsidenten Truman, an den britischen König Georg VI. und an den französischen Interimspräsidenten De Gaulle. Die drei Staatsmänner antworteten dankend.⁵⁴ Ebenso sandte Franz Josef am 14. Mai 1945 dem aus dem Exil nach Prag zurückgekehrten tschechoslowakischen Präsidenten Beneš seine und des liechtensteinischen Volkes guten Wünsche,⁵⁵ was indes einen Monat darauf die Enteignung aller liechtensteinischen Besitzungen in der Tschechoslowakei und insbesondere jener des Fürsten nicht verhinderte; jene Enteignung basierte auf dem präsidialen «Beneš-Dekret» Nr. 12 vom 21. Juni 1945.⁵⁶

9. Völkerrechtliche Anerkennung anderer Kleinstaaten

Kommen wir kurz zu andern Kleinstaaten bezüglich der völkerrechtlichen Anerkennung. Im Machtbereich der Sowjetunion verschwanden die Kleinstaaten Estland, Lettland und Litauen für ein halbes Jahrhundert; formell hielten Exilvertretungen ihren staatlichen Anspruch auf-

53 Ebenda, S. 109. – Neue Zürcher Zeitung, 27. Dez. 1944. – Peter Geiger, «Am Rande der Brandung», Kriegsende 1945 in Liechtenstein, in: JBL, Bd. 95, Vaduz 1998, S. 49–74, hier S. 55.

54 Hausarchiv der Regierenden Fürsten von Liechtenstein (HA), Schloss Vaduz, Korrespondenz Kabinettskanzlei, 1945/26. – Geiger, Am Rande der Brandung, S. 66.

55 Hausarchiv der Regierenden Fürsten von Liechtenstein (HA), Schloss Vaduz, Korrespondenz Kabinettskanzlei 1945/14.

56 Roland Marxer, Liechtensteins Beziehungen zur Tschechoslowakei und zu deren Nachfolgestaaten seit 1945, in: JBL, Bd. 105, Vaduz 2006, S. 131–150. – Dieter Blumenwitz, die tschechisch-liechtensteinischen Beziehungen, Ein anhaltender Konflikt in Mitteleuropa, in: Karl G. Kick/Stephan Weingarz/Ulrich Bartosch (Hrsg.), Wandel durch Beständigkeit, Studien zur deutschen und internationalen Politik, (Jens Hacker zum 65. Geburtstag), Berlin 1998, S. 346–362.

recht. Zwischen den Blöcken vermochte sich Finnland zu halten. Kein Problem war im befreiten Mittel- und Westeuropa die völkerrechtliche Kontinuität der zuvor von den Achsenmächten besetzten oder annektierten Staaten. Auch Österreich wurde wieder als souveräner Staat anerkannt, schon 1943 in der Moskauer Deklaration; 1955 wurde es ganz aus alliierter Besatzung entlassen, dabei waren Neutralität und militärische Beschränkung Österreichs Ost-West-Kompromisse des Kalten Kriegs.

IV. SELBSTAUFGABE UND SELBSTBEHAUPTUNG

Neben Gefahren für souveräne Kleinstaaten von aussen gab es Gefährdungen von innen, nämlich die Tendenz zur Selbstaufgabe. Dieser stand die Selbstbehauptung, die sich nach innen wie aussen richtete, gegenüber.

1. Vorarlberger Frage nach dem Ersten Weltkrieg

In der 1918 als Trümmerrest übriggebliebenen Republik Deutsch-Österreich überwog das Gefühl, der neue Kleinstaat sei nicht lebensfähig, daher suchte man 1919/20 den Anschluss an Deutschland, damals die Weimarer Republik, was die Siegermächte nicht zulieszen. Teile Österreichs wiederum hegten Anschluss Tendenzen in andere Richtungen, etwa im Burgenland Richtung Ungarn und insbesondere in Vorarlberg nach der Schweiz. In Vorarlberg votierten bei einer Konsultativabstimmung am 11. Mai 1919 über vier Fünftel für den Anschluss an die Schweiz.⁵⁷ In Liechtenstein gab es nach dem Ersten Weltkrieg keine innere Anschluss tendenz. In der Öffentlichkeit äusserte sich höchstens eine gewisse Skepsis, ob man aus eigener Kraft eigenständig überleben könne oder ob Liechtenstein schliesslich von Vorarlberg oder von der Schweiz «geschluckt» werde.⁵⁸

57 47 727 Ja, 11 378 Nein, Resultate im Vorarlberger Tagblatt, 14. Mai 1919. – Eidgenossen helfe euern Brüdern in der Not! Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Hrsg. vom Arbeitskreis für Regionale Geschichte, Feldkirch 1991.

58 Peter Geiger, Wann war Liechtenstein in den 200 Jahren der Souveränität gefährdet? in: Liechtensteiner Vaterlandmagazin, 12. August 2006, S. 6–16.

2. «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein»

Anders dann ab 1938 und in den ersten drei Kriegs- und deutschen Siegesjahren. Grossdeutschland war drohender und lockender Nachbar des deutschsprachigen Fürstentums. Eine nicht sehr grosse, aber doch zwischen 200 und 300 Mitgliedern schwankende einheimische NS-Partei entstand 1938, die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein (VDBL)». Sie arbeitete propagandistisch und putschistisch auf Anschluss an Hitlerdeutschland hin. Aufgrund der Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit auch in Liechtenstein und später aufgrund von Hitlers Siegen meinten sie, nur im grösseren «deutschen Vaterland» sei für das «volksdeutsche» Ländchen Liechtenstein und für sie selber eine materielle und grössere Zukunft zu finden. Als die Volksdeutschen am 24. März 1939 einen Anschlussputsch auslösten, scheiterten sie am Widerstand der Bevölkerung und der Regierung sowie an der Distanzierung der Reichsregierung.⁵⁹

Doch ab den deutschen Siegen von 1940 regten sich die «Volksdeutschen» erneut. Sie erwarteten, zumindest bis nach Stalingrad 1943, den deutschen Endsieg und die Verwirklichung von Hitlers «neuem Europa». Sie lehnten ein «Liechtensteinertum» ab und wünschten Volk und Land ganz im Deutschen Reich aufgehen zu lassen. In ihrem antisemitischen Hetzblatt «Der Umbruch», welches von Oktober 1940 bis zum Verbot im Juli 1943 erschien, forderte die Volksdeutsche Bewegung die Liechtensteiner dazu auf, den eigenen Staat aufzugeben:

*«Ferner steht ganz grundsätzlich zur Entscheidung, [...] ob wir – wie einst unsere Vorfahren – ein wertvolles Glied der Gesamtnation darstellen oder aber, ob wir den wahnsinnigen Versuch weiter treiben wollen, losgelöst von der Nation uns als eigenes Volk aufzuspielen».*⁶⁰

Den einheimischen Nationalsozialisten galt die liechtensteinische Eigenstaatlichkeit als «wahnsinniger Versuch», als Irrweg.

59 Geiger, Krisenzeit, Bd. 2, S. 346 ff.

60 Der Umbruch, Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein, Nr. 196, 16. Dez. 1942: «Was soll noch werden?» (Original der «Umbruch»-Ausgaben im Liechtensteinischen Landesarchiv, Vaduz; Kopie im Lesesaal der Liechtensteinischen Landesbibliothek, Vaduz).

Aus den Reihen der liechtensteinischen NS-Bewegung kamen Waffen-SS-Freiwillige und Spione für das Reich.⁶¹ Drei Liechtensteiner wurden in der Schweiz wegen Spionage für Deutschland als Landesverräter zum Tod verurteilt, einer davon 1944 hingerichtet.⁶²

3. «Heimattreue» Mehrheit

Vom Grossteil der Bevölkerung wurden die einheimischen Nationalsozialisten als «Verräter» angesehen.⁶³ Bei einer patriotischen Unterschriftensammlung der «Heimattreuen» in Reaktion auf den Putsch sprachen sich im April 1939 über 95 Prozent aller stimmberechtigten Männer für die Selbständigkeit Liechtensteins und für die Fortführung der Partnerschaft mit der Schweiz aus.⁶⁴ Allerdings lehnte sich auch die kleinere der beiden Regierungsparteien, die Vaterländische Union, mit einem Teil von Führung und Anhängerschaft in der Zeit der deutschen Siege in bedenklicher Weise über den grossdeutschen Zaun, um den Zug in die vermeintliche deutsche Zukunft nicht zu verpassen.⁶⁵ Die Regierung wagte die Volksdeutsche Bewegung nicht zu verbieten, um Deutschland nicht zu reizen und um keine illegale NS-Partei nach österreichischem Vorbild zu erhalten. Doch taten Regierung, Landtag, Fürst, Kirche, Schule, Pfadfinder und kirchliche Jugendorganisationen alles, um die gewaltbereite NS-Bewegung in Schranken zu halten und das liechtensteinische Selbstständigkeitsbewusstsein zu stärken. Gerade aus dieser inneren Selbstbehauptung wuchs eine über die Kriegszeit hinaus und bis heute nachwirkende Selbstvergewisserung – heute als identitätsstiftend umschrieben⁶⁶ – der liechtensteinischen Bevölkerung.

61 Geiger, *Am Rande der Brandung*, S. 66 ff.

62 Peter Geiger, *Landesverrat: Der Fall des in der Schweiz 1944 hingerichteten Alfred Quaderer*, in: *JBL*, Bd. 98, Vaduz 1999, S. 109–142.

63 Geiger, *Krisenzeit*, Bd. 2, S. 187ff., S. 259 ff., S. 346 ff.

64 *Ebenda*, S. 409 ff.

65 Vgl. die Artikel, teils Leitartikel, von 1940 bis 1943 im *Liechtensteiner Vaterland*, der Zeitung der Vaterländischen Union.

66 Vgl. Wilfried Marxer, *Nationale Identität – eine Umfrage aus Anlass 200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein*, in: *JBL*, Bd. 105, Vaduz 2006, S. 197–235, hier S. 207–211.

NS-Veranstaltung im deutsch besetzten Luxemburg, wo es eine sehr aktive «Volksdeutsche Bewegung VDB» gab. (Foto: *Archives Nationales Luxembourg, Documentation historique IIème guerre mondiale, fonds iconographique*).



4. «Volksdeutsche Bewegung» und Eindeutschung in Luxemburg

Zum Vergleich in bezug auf Selbstaufgabe und Selbstbehauptung bietet sich Luxemburg an. Auch dort gab es eine Anfang Juni 1940 kurz nach der deutschen Besetzung gegründete NS-Anschluss-Partei, die «Volksdeutsche Bewegung (VDB)». Sie kollaborierte eng mit der «Deutschen Zivilverwaltung» in Luxemburg und unterstützte die deutsche Germanisierungspolitik, die auf vollständige Eindeutschung Luxemburgs gerichtet war. Tausende wehrfähige Luxemburger wurden zur Deutschen Wehrmacht eingezogen, in Arbeitslager, teils ins KZ gesteckt, die Juden deportiert und ermordet, Deserteure und Widerstandsleute exekutiert. Die Mehrheit der Bevölkerung hielt jedoch an der luxemburgischen Identität, Sprache und Eigenstaatlichkeit fest. Beklagt wurde in und nach der Besetzungszeit die Passivität der ins Exil geflüchteten Regierung und grossherzoglichen Familie. 1944/45 lief die erste Welle der «épuration»,

der politischen «Säuberung», recht gewalttätig ab.⁶⁷ Das Beispiel Luxemburgs zeigt, was auch Liechtenstein, wäre es angeschlossen worden, zu erwarten gehabt hätte.

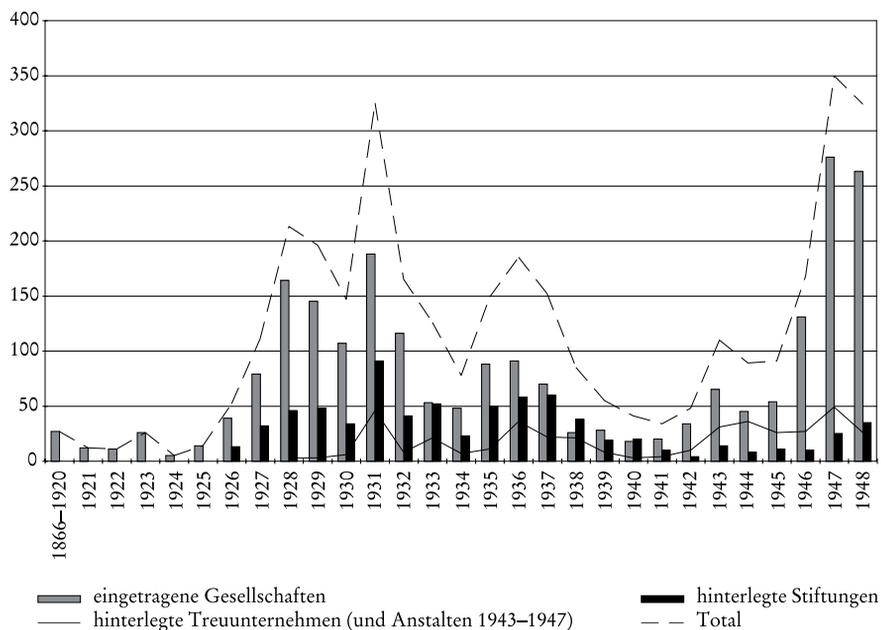
V. WIRTSCHAFTLICH ÜBERLEBEN

Anerkennung der Souveränität reicht für einen Kleinstaat nicht. Er muss auch wirtschaftlich überleben können. Am Beispiel Liechtensteins wird deutlich, welche Schwierigkeiten sich im überblickten Zeitraum boten und wie man sie bewältigte. Im Ersten Weltkrieg erwies sich die enge wirtschaftliche und verwaltungsmässige Anbindung an Österreich-Ungarn als fatal. Liechtenstein erlitt die Bedrängtheit der österreichischen Kriegswirtschaft mit. Die Textilfabriken erhielten keine Rohstoffe mehr und mussten schliessen. Die Inflation der österreichischen Krone riss liechtensteinische Vermögen in den Abgrund.

Wie konnte sich Liechtenstein retten? Es löste schon 1919 eilig den Zollvertrag mit Österreich und betrieb energisch die wirtschaftliche Annäherung an die vom Krieg verschonte Schweiz. Liechtenstein wurde über Zoll- und andere Verträge Teil des schweizerischen Wirtschaftsraums. Doch die 1920-er und 1930-er Jahre brachten Liechtenstein zunehmende Arbeitslosigkeit. Angesichts der ungenügenden Erholung der einheimischen Industrie suchte man Auswege, siedelte eine Zeitlang eine britische Lotterie an. Man fand alsbald jene Branche, welche heute als «Financial Services» umschrieben wird, nämlich das System der Sitzgesellschaften. Diese wurden hier – wie in einzelnen Schweizer Kantonen – eingetragen, waren aber im Ausland tätig. Insbesondere wurde

67 Henri Koch-Kent, Jean Hames, Francis Steffen, Hitlertum in Luxemburg 1933–1944, 2. Aufl., Luxemburg 1972. – Serge Hoffmann, La Résistance dans le Grand-Duché de Luxembourg pendant la Deuxième Guerre Mondiale, Analyse de l'organisation de résistance L.V.L. (Letzburger Vollekslegio'n), Bettembourg 1976 (Manuskript, 84 Seiten). – Marc Buck, Les jeunes Luxembourgeois «enrolés de force» dans la Wehrmacht (1940–1945), Bruxelles 1969 (Manuskript, 186 Seiten). – Paul Cerf, Longtemps j'aurai mémoire, Documents et témoignages sur les Juifs du Grand-Duché de Luxembourg durant la seconde guerre mondiale, Luxembourg 1974. – Paul Cerf, De l'épuration au Grand-Duché de Luxembourg après la seconde guerre mondiale, Luxembourg 1980. – <http://de.wikipedia.org> (Artikel Luxemburg im Zweiten Weltkrieg).

Kommerzialisierung der Eigenstaatlichkeit: Jährliche Anzahl der Gesellschaftsgründungen in Liechtenstein bis 1948. (Grafik aus: Hanspeter Lussy/Rodrigo López, *Liechtensteinische Finanzbeziehungen zur Zeit des Nationalsozialismus*, Vaduz Zürich 2005, Teilband I, S. 90)



und wird Steuerfluchtvermögen aus andern Ländern angezogen und von hier aus durch Treuhänder verwaltet. Die nationalsozialistische Bedrohung brachte indes ab 1938 eine Abwanderung von Gesellschaften, unter denen sich viele jüdische befanden. Andererseits führte die in der Schweiz während des Krieges eingeführte Kriegsgewinnsteuer zu einer gewissen Flucht von Vermögen nach Liechtenstein, welches diese Steuer nicht auferlegte. Dies zeigt die Kurve der Gesellschaftsgründungen in Liechtenstein bis 1948 (siehe Grafik). Es war denn auch allein die Eigenstaatlichkeit, welche die nach 1945 immer erfolgreichere Entwicklung dieses spezifischen Bereichs der Volkswirtschaft ermöglichte und bis heute trägt.

Im Zweiten Weltkrieg entstanden neben der alten Textilindustrie Ende 1941 neu drei Betriebe der Metallindustrie, gefördert durch die

kriegsbedingte Nachfrage. Eine der Fabriken, die Presta, presste Geschosshülsen für die 20-mm-Munition der Oerlikon-Fliegerabwehrkanone; die Hülsen gingen über Oerlikon an die Wehrmacht, für den Krieg gegen die Alliierten. Die Maschinenbau Hilti produzierte für deutsche Rüstungs- und Fahrzeugfirmen verschiedenste Bestandteile, zeitweilig auch Geschoszünder. Die Zulassung der Fabriken bedeutete nicht etwa Zustimmung der Behörden zu Hitlers Krieg; sie illustriert vielmehr die Priorität der einheimischen Arbeitsplätze, und zugleich lieferte sie ein beschwichtigendes Argument Deutschland gegenüber.⁶⁸ Arbeit bot sich den zahlreichen liechtensteinischen Stellensuchenden in den Kriegsjahren auch in der Schweiz sowie im nahen Reich, vorab im Baugewerbe.

VI. FAZIT

1. Neun Thesen

Als Schlussfolgerungen seien hier neun Thesen zu Situation und Geschichte des Kleinstaats in der Ära der Weltkriege, welche die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend prägte, formuliert.

1. Kleinstaaten sind zumeist Rand- oder Zwischenländer. Als solche waren sie und ihre Bevölkerungen von der kriegerischen und revolutionären Dynamik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts existentiell bedroht.

2. Der Erste Weltkrieg verschluckte keine Kleinstaaten, im Gegenteil entstanden in der Folge des Kriegsausgangs eine Reihe neuer Nationalstaaten kleiner und mittlerer Grösse.

68 Veronika Marxer/Christian Ruch, Liechtensteinische Industriebetriebe und die Frage nach der Produktion für den deutschen Kriegsbedarf 1939–1945, (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg, UHK-Studie 2), Vaduz Zürich 2005. – Peter Geiger/Arthur Brunhart/David Bankier/Dan Michman/Carlo Moos/Erika Weinzierl, Fragen zu Liechtenstein in der NS-Zeit und im Zweiten Weltkrieg: Flüchtlinge, Vermögenswerte, Kunst, Rüstungsproduktion, Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (UHK), Vaduz Zürich 2005.

3. Die Schaffung der Freien Stadt Danzig (als binationaler Kleinstaat) und des Vatikanstaats (zur Lösung der Römischen Frage) zeigt die Möglichkeit, die Schaffung neuer Kleinstaaten zur Problemlösung zu nutzen.
4. Die totalitären Regime Sowjetrusslands, Italiens und Deutschlands bedrohten durch Gewalt und Krieg auch die kleinen Staaten und verlebten sich solche in vielen Fällen ein.
5. Einige wenige Kleinstaaten konnten sich als Neutrale aus dem Krieg heraushalten, so am europäischen Rand Portugal und Irland, so mitten in Italien San Marino und der Vatikan, so (neben Schweden) im Zentrum Europas die Schweiz und Liechtenstein, ebenso Andorra zwischen Frankreich und Spanien.
6. Dank dem Sieg über die Achsenmächte konnten die annektierten oder besetzten Staaten, auch die kleinen, wiederhergestellt werden, ausgenommen die drei baltischen Kleinstaaten.
7. Liechtenstein blieb als neutraler Kleinstaat im Zweiten Weltkrieg verschont: Es war fast gewichtslos; es widerstand dem Anschlussstreben der einheimischen Nationalsozialisten; es war eng mit der neutralen Schweiz verbunden; es wurde von Hitler als Annex der Schweiz behandelt; es wurde schliesslich durch den alliierten Sieg von der Bedrohung befreit.
8. Die Diskussion um Zulassung oder Nichtzulassung von Kleinststaaten zum Völkerbund zeigt, dass die allgemeine Stimmung in der Zwischenkriegszeit für sehr kleine Staatsgebilde noch wenig günstig war. Für sie war auch die Völkerbundscharta zu wenig flexibel gefasst.
9. Wirtschaftlich waren die kleinen Staaten auf Kooperation mit grösseren Partnern angewiesen, zugleich nutzten sie ihre Eigenstaatlichkeit zum wirtschaftlichen Vorteil.

2. Entwicklung bis heute

Blicken wir heute zurück auf die Entwicklung seit 1945 und über Europa hinaus, so sehen wir, dass die internationale Akzeptanz für

kleine und kleinste Staaten, sichtbar in der UNO-Mitgliedschaft, sich sehr erweitert hat. Zu nennen wären exemplarisch neue, aus der Kolonialherrschaft entlassene kleine Staaten wie Suriname, Kiribati oder Djibouti. Die Tendenz gilt verstärkt seit den 1970-er Jahren. An der KSZE-Konferenz in Helsinki waren auch Liechtenstein, Monaco, San Marino, der Vatikanstaat, Malta und Zypern vertreten, ebenso zeitweilig Andorra, das dann aber 1975 nicht bei den Unterzeichnern war, jedoch heute ebenfalls der OSZE angehört.⁶⁹ 1978 wurde Liechtenstein in den Europarat aufgenommen.⁷⁰ Seit dem Ende des Kalten Krieges setzt sich die skizzierte Entwicklung verstärkt fort. Insgesamt ist trotz wirtschaftlicher Grosszusammenschlüsse in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der Kleinstaaten in Europa und weltweit rapide angewachsen, als Folge von Rest-Dekolonisation, Autonomiestreben, Demokratie, Reaktion auf historische Altlasten, auch als Folge von Zusammenbrüchen grösserer Staaten und von Sezession. Erwähnt seien allein in Europa die seit 1991 im Bereich der ehemaligen Sowjetunion wieder erstandenen mittelgrossen Kleinstaaten Estland, Lettland, Litauen, dazu Weissrussland und Moldau, ähnlich im Bereich des ehemaligen Jugoslawien die neuen Kleinstaaten Slowenien, Kroatien, Bosnien, das verkleinerte Serbien, das wieder erstandene Montenegro – und wohl bald Kosovo.

3. Ausblick

Weltweit ist das Streben nach Bildung eines eigenen, zumeist nationalen Kleinstaates leider oft von Gewalt begleitet: Man denke neben den genannten Ländern etwa an das Baskenland, an Transnistrien, Tschetschenien, Abchasien, Südossetien, Kurdistan, Kaschmir, Sri Lanka, Aceh, Palästina, Westsahara, Osttimor, etwa auch an Provinzen Pakistans oder Nigerias. Dieser Prozess wird zweifellos weitergehen, solange nicht befriedigende föderale Strukturen für Autonomie in grösseren Staaten und Regionen gefunden werden.

69 Norman Weiss, 25 Jahre KSZE/OSZE – Herausforderungen und Wandel, in: www.uni-potsdam.de (der Verfasser dankt Herrn Botschafter Roland Marxer für diesen Literaturhinweis).

70 Walter Kieber, Jahre des Aufbruchs, Politische Erinnerungen, Eggingen 2006 (zu KSZE und Europarat S. 219–231, S. 273–286).